

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Wirtschaftsausschuss	20.08.2020

AN/0989/2020 Wieder eine Hiobsbotschaft für den Wirtschaftsstandort Köln - Warum ist von der Oberbürgermeisterin nichts zu hören zur Situation beim Kölner Traditionsunternehmen Deutz AG?

Die SPD-Fraktion bittet um die Beantwortung nachfolgender Fragen zu den aktuellen Entwicklungen bei der Deutz AG:

Vorbemerkung

Nach Auskunft der Deutz AG soll der Abbau von rd. 1000 Stellen weltweit nicht durch betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Das mit dem Betriebsrat im Rahmen eines Eckpunktepapiers geplante Sparprogramm sieht laut Presseberichterstattung zum einen den sozialverträglichen Abbau von bis zu 350 Stellen im Rahmen eines Freiwilligenprogramms für die deutschen Standorte vor. Begleitet werde dieses Programm durch eine Transfergesellschaft und einen Sozialplan. Dafür werde das Unternehmen 35-40 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Zum anderen haben offensichtlich in der ersten Jahreshälfte bereits rund 380 Mitarbeiter/innen durch natürliche Fluktuation und das Auslaufen von Leiharbeitsverträgen das Unternehmen verlassen. Schließlich sollen bis Ende 2021 weitere rd. 350 Stellen über natürliche Fluktuation wegfallen. Über die Betroffenheit der einzelnen Standorte und insbesondere des Standorts Köln liegen der Verwaltung und KölnBusiness keine Erkenntnisse vor.

- 1. Seit wann sind der Oberbürgermeisterin und der KölnBusiness die besorgniserregenden Entwicklungen bei der Deutz AG und die dortigen Planungen für einen Stellenabbau in Köln bekannt?**

Antwort der Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin, der Wirtschaftsdezernent und die KölnBusiness sind im regelmäßigen Austausch mit der Deutz AG. Von dem geplanten Stellenabbau haben alle allerdings erst aus der Presseberichterstattung am 11.08.2020 erfahren.

- 2. Wie reagieren Oberbürgermeisterin und KölnBusiness auf die bekannt gewordenen Planungen der Deutz AG und warum unterlässt es die Oberbürgermeisterin erneut, sich öffentlich für den Standort zu positionieren und sich für Maßnahmen im Sinne der Beschäftigten einzusetzen?**

Antwort der Verwaltung

Der Wirtschaftsdezernent hat mit dem Vorstand der Deutz AG und KölnBusiness für Anfang September ein Gespräch vereinbart, in dem mit der Arbeitsebene konkret über Maßnahmen zur Abfederung des Stellenabbaus und über Maßnahmen, wie die Stadt unterstützen kann, gesprochen werden soll.

Die KölnBusiness hat zudem umgehend nach Kenntniserlangung der Überlegungen über die bestehenden intensiven Kontakte zur Deutz AG ihre umfassende Unterstützung in allen Fragestellungen angeboten. Das Unterstützungsangebot wurde seitens der Deutz AG sehr dankbar aufgenommen. In einigen Einzelfragen konnte der Deutz AG seitens der KölnBusiness bereits weiter geholfen werden.

Eine öffentliche Positionierung der Stadtspitze zu den noch laufenden unternehmensinternen Verhandlungen bei der Deutz AG hält die Verwaltung angesichts fehlender detaillierter Sachinformationen nicht für angebracht. Davon unabhängig setzt sich die Stadtspitze auch im Fall von unternehmerisch notwendigen Einschnitten immer für die Interessen der Beschäftigten und eine möglichst sozialverträgliche Umsetzung ein.

3. Wann und in welcher Form hat die Oberbürgermeisterin zwischenzeitlich Kontakt zu dem Unternehmen aufgenommen, wer waren die Ansprechpartner und welche konkreten Erkenntnisse gibt es aus diesen Kontakten?

Antwort der Verwaltung

Am 08.07.2020 fand ein Gespräch der Oberbürgermeisterin mit der Deutz AG sowie deren Anwaltskanzlei, die u.a. durch Herrn Roters vertreten wurde, statt. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Frank Hiller nahm persönlich teil. Den Gesprächsteilnehmern wurde Vertraulichkeit zugesagt (ansonsten s. Antwort zu Frage 2.)

4. Welche Vorschläge zur Standort- und Beschäftigungssicherung haben die Oberbürgermeisterin und KölnBusiness in den laufenden Prozess im Unternehmen eingebracht bzw. gedenken dies noch zu tun?

Antwort der Verwaltung

Die Oberbürgermeisterin pflegt in Kooperation mit der KölnBusiness seit geraumer Zeit eine enge Zusammenarbeit mit der Deutz AG. Dazu gehören zumeist Fragestellungen zu laufenden Genehmigungsverfahren und Liegenschaftsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Verlagerung und Neuaufbau der Produktionsstätten der Deutz AG in Köln. Eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung mit der Deutz AG gibt es auch im Bereich von Projekten zu zukunftsfähigen Antriebstechnologien wie zum Thema Wasserstoff.

5. Welche Erkenntnisse gibt es aktuell zu anstehenden „Massenentlassungen“ in Kölner Unternehmen, etwa anhand der anzeigepflichtigen Entlassungen und welche Möglichkeiten sehen Stadtspitze, KölnBusiness, die städtische Arbeitsmarktförderung, um die arbeitsmarktpolitischen Folgen in Köln abzumildern.

Antwort der Verwaltung

Zu anzeigepflichtigen Entlassungen:

In 2020 wurden der Verwaltung bisher zwei Vorgänge über den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen bekannt. Dabei handelte es sich zum einen um ein Cateringunternehmen, zum anderen um ein technisches Büro. Weitere Vorgänge hinsichtlich anzeigepflichtiger Entlassungen sind nicht bekannt. Da bei der Deutz AG keine Entlassungen geplant sind, hat die Verwaltung auch über diesen Weg keine Information über den Stellenabbau bei dem Unternehmen erhalten.

Zu den arbeitsmarktpolitischen Folgen:

Sind existenzbedrohliche bzw. arbeitsmarktpolitische Folgen erstmal eingetreten, sind die unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten relativ begrenzt. Neben den Möglichkeiten im Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit können konkrete und unmittelbare Handlungsoptionen jeweils nur individuell und gemeinsam mit dem betroffenen Unternehmen erarbeitet werden, zumal der Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen begrenzt ist. Eine pauschale Aussage hier ist nicht möglich. Das Spektrum kann hier von individueller Beratung bis hin zur Unterstützung bei der Gründung einer Transfergesellschaft gemeinsam mit der Regionalagentur reichen.

Gemeinsames und erstes Ziel der Stadt Köln und der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH ist

es aber vor allem, derartige Situationen möglichst nicht entstehen zu lassen.

Im Umfeld des Corona-Pandemie bedeutet dies beispielsweise, durch optimale Informationsversorgung der Kölner Unternehmen insbesondere zu Notfallprogrammen des Landes und des Bundes und durch unterschiedliche eigene Notfallprogramme alle Möglichkeiten an struktursichernden Maßnahmen aufzuzeigen und entsprechende Hilfestellung anzubieten. Auf die Mitteilungen der Verwaltung in den Ausschüssen und Gremien (zuletzt: Zweite Fortschreibung städtischer Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise, Vorlagennummer 2016/2020) wird verwiesen.

Jenseits der Corona-Pandemie ist es ein dauerhaftes Anliegen, gemeinsam mit den Unternehmen und weiteren wichtigen Akteuren den prosperierenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten und auszubauen.

Um Köln hier noch besser aufzustellen, wurde die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH gegründet, die im ständigen Kontakt mit Kölner Unternehmen steht und in allen Fällen stets für diese ansprechbar ist. Auf die Beschlüsse und Präsentation zum Aufgabenportfolio und Arbeitsweise der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH wird verwiesen.

gez. Greitemann